

EU-Sorgenkinder auf gutem Weg

Inge Gräble spricht bei der CDU in Gerabronn über den Euro

Auf Einladung des Gewerbevereins und des CDU-Gemeindeverbandes Gerabronn sprach die Europaabgeordnete Inge Gräble über die verschuldeten Euro-Staaten. Ein Ja gab es auf die Frage, ob der Euro zu retten ist.

Gerabronn. Rund 40 Besucher verfolgten Gräbles Einschätzungen der aktuellen Situation des Euros und der Staatsschuldenkrise im Saal der Gerabronner Metzgerei Spriegel. Albrecht Klett, stellvertretender Vorsitzender des Gewerbevereins, und Thorsten Hiller, Vorsitzender des CDU-Gemeindeverbandes, führten in ihren Begrüßungen auf das Problem hin: Zu schnell seien nicht vorbereitete Staaten in den Euro-Raum aufgenommen worden. Die jetzt nötige Konsolidierung der Finanzen würden die betroffenen Regierungen auf der anderen Seite zu inkonsequent verfolgen.

Die CDU-Europaabgeordnete wies in ihrem Impulsreferat darauf hin, dass die Ursache der Staatsschuldenkrise vor allem in den USA zu suchen sei: Seit der geplatzten Immobilienblase kämpfen auch die



Thorsten Hiller, Vorsitzender des CDU Gemeindeverbandes Gerabronn-Langenburg, mit Inge Gräble. Privatfoto

europäischen Staaten mit einer ausufernden Verschuldung. Dabei waren die Voraussetzungen gut: Auf Wunsch des ehemaligen Kanzlers Helmut Kohl wurde eine Verschuldungsgrenze in den Maastrichter Vertrag aufgenommen.

Bezeichnenderweise war es später Deutschland, das zusammen mit Frankreich als erster Staat über drei Prozent Schulden machte – und darauf bestand, dass keine Strafzahlungen fällig wurden. Inge Gräble sieht das als großen Fehler, weil dadurch den anderen Ländern signalisiert wurde, dass die Ver-

schuldungsgrenze nicht zu eng zu sehen sei. Vor allem in Griechenland fielen alle Hemmungen.

Die Maßnahmen der EU und der betroffenen Mitgliedsländer seien hilfreich und auf einem guten Weg, so Gräble in der anschließenden Diskussion, aber teilweise noch nicht weitgehend genug. Es sei genug Geld für die Rettung von Irland, Griechenland, Portugal, Spanien und Italien vorhanden, es dürften aber nur sinnvolle Projekte damit finanziert werden. „Ich warne vor kreditfinanzierten Konjunkturprogrammen“, betonte die EU-Finanzpolitikerin, „von diesen Schulden kommt kein Land herunter, auch das wirtschaftlich starke Deutschland nicht“. Die Wettbewerbsfähigkeit der Länder müsse gestärkt, die Schuldenlast gesenkt werden.

Den Euro-Skeptikern bei der Diskussion entgegnete Inge Gräble: „Mit dem Euro würden wir mehr als nur eine Gemeinschaftswährung verlieren, er steht für eine Staatengemeinschaft und gemeinsame Werte.“ In ihrem Fazit sagte sie: „Ich gehe davon aus, dass der Euro noch zu retten ist, denn er wird derzeit gerettet.“ pm